Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 6

Artikel: Die Krise des französischen Syndikalismus
Autor: Saint-Chamant, Jean de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159979

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE KRISE DES FRANZÖSISCHEN SYNDIKALISMUS

VON JEAN DE SAINT-CHAMANT

Den französischen Syndikalismus, der im Laufe eines Jahrhunderts Stärke und Ausdehnung gewonnen hatte, zerreißen heute tiefe innere Spaltungen. Eine Krise lastet auf Millionen von Arbeitern, die ihre Ansprüche nur unsicher zu verteidigen wissen und dabei nicht mehr als eine scheinbare Solidarität untereinander erreichen. Jetzt sind es fünfzig Jahre her, daß Syndikalismus und Sozialismus zum Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft schritten; aber ob auch in gleichen Kampf hineingerissen, blieben dennoch die beiden Strömungen durch die ideologischen Unterschiede, welche die Kompliziertheit des Problems der heutigen französischen Arbeiterbewegung erklären, voneinander getrennt.

Die Entwicklung des französischen Syndikalismus

Der Syndikalismus, der in Frankreich als Nebenerscheinung der revolutionären Welle von 1848 auftrat, ist aus der Reaktion des Proletariats gegen die demokratischen Institutionen geboren. Das mag merkwürdig erscheinen, unverständlich sogar, und doch erlaubt die Geschichte der Arbeiterbewegung der letzten hundert Jahre keinen Zweifel daran. Wovor man sich bei der Beurteilung historischer Ereignisse hüten muß, das sind ebensosehr fertig übernommene Ideen wie falsche Analogien. Die demokratische Regierungsform, so wie die Männer der großen Revolution sie begriffen, war nichts weniger als liberal. Ihr Grundprinzip war wohl der Idealismus, ein Idealismus jedoch, der dem Proletarier in der Theorie Freiheit schenkte, ihn praktisch aber in seinem Existenzkampf im Stich ließ. Um nun die Ketten zu zerreißen, die den Arbeitenden an seine harten Lebensbedingungen schmiedeten und ihn wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung auslieferten, ist die Syndikatsbewegung entstanden. Gegenüber der Arbeitermisere, welche die Anfänge des Maschinenzeitalters

kennzeichnete, verschrieben sich die ersten Syndikate gänzlich dem Gedanken der Gruppe, der Körperschaft, aus der Tendenz nach Zusammenschluß heraus, einen der wohlberechtigtsten Ansprüche der menschlichen Natur. Die Sozialisten hingegen stellten ihre Forderungen vor allem an den Staat; er war es, der die Gesellschaft vor den Erscheinungen, die sie als Auswüchse des Individualismus betrachteten, bewahren sollte. Die Gewerkschaften und die ihnen vorangegangenen verschiedenen Genossenschaftsformen sind also nicht geschaffen worden, um einzig den Kapitalismus, sondern auch und ebensosehr um das demokratische Recht zu bekämpfen, dessen Garant der Staat ist. Diese systematische Feindseligkeit gegen den Staat kann als Eckstein des revolutionären Syndikalismus betrachtet werden. Sie hat sich niemals mit größerer Leidenschaft noch Stärke geäußert als im Laufe des spanischen Bürgerkrieges in der berühmten F.A.I., der «Iberischen Anarchistischen Föderation» von Barcelona. Das zeigt den wesentlichen Unterschied zwischen Sozialismus und Syndikalismus, zum mindesten in ihren Prinzipien, der so weit geht, daß Jean Jaurès, ohne paradox zu werden, vom «reaktionären» Charakter des französischen Syndikalismus sprechen konnte.

Es muß zugegeben werden, daß die Gewerkschaftsbewegung in dieser Form gescheitert ist. Sie versagte im Jahre 1914, als die Generalmobilisation die Nichtigkeit der zügellosen und antipatriotischen Theorien, die ihre Gunst besaßen, dartat. Sie versagte nach dem Siege von 1918, als ihre Adepten, anfänglich von der kommunistischen Internationale angezogen, sich auf dem Kongreß von Tours 1923 in zwei Gruppen trennten, die eine von ausgeprägt sowjetischer Obedienz, die andere unverfälscht sozialistisch. Seither, besonders unter dem Einfluß Léon Blums und seiner reformistischen Konzeptionen, ist ein Teil der Arbeiterschaft den bei der sozialistischen Ideologie gemachten Anleihen treu geblieben; und bis 1940 inspirierte diese Ideologie den französischen Syndikalismus weitgehend. Die Gruppe ihrer Anhänger — es wird noch später von ihr die Rede sein — bildet das Gros der «Force ouvrière», welche, geführt von Léon Jouhaux, dem «General», wie ihn die Militanten unter sich nennen, gegen die kommunistische Machtgruppe der vom Stalindiener Benoit Frachon geleiteten C.G.T. kämpft.

Man spricht gerne von der Arbeiterklasse als von einem Kollektivwesen, als von einer «einen und unteilbaren» sozialen Person. Wäre die Interessen- und Glaubensgemeinschaft dieser Arbeiterklasse so wirklich, wie man zu behaupten liebt, dann würde sich eine solche tatsächliche Einheitlichkeit in einer einheitlichen Organisation ausdrücken. Allein die Erfahrung lehrt, daß, entgegen der marxistischen Geschichtsauffassung, Gedanken die Entwicklung der Gesellschaften noch direkter beeinflussen, als die Interessen es tun. Wie

dem auch sei, man hat erkannt, daß die «Klasse» im jetzigen Frankreich keine genügend solide Gegebenheit darstellt, um auf sie die syndikale Einheit gründen zu können.

Den Einheitsproklamationen, die bei jedem Gewerkschaftskongreß Usus sind, kommt nicht absolute Bedeutung zu. Auf acht Organisationen verteilt sich die Gesamtheit der syndikalistischen Bestände. Es ist aber leichter, sie aufzuzählen, als ihre numerische Stärke zu kennen. Diese wechselt von Jahr zu Jahr, und ein gewisses Geheimnis pflegt jeweils die Änderungen zu umgeben. Wir zitieren ein Beispiel. Es gibt in Frankreich ungefähr 1 500 000 Metallarbeiter. Die «Fédération C.G.T.» zählte im Jahre 1947 900 000. Beim Kongreß des Jahres 1950 wurden aber nur 296 000 Karten abgegeben. Die Ursache dieses Abfalls scheint in einer allgemeinen Gleichgültigkeit der Arbeiter gesucht werden zu müssen, die, müde der demagogischen Umtriebe, ihr Abonnement nicht erneuern. In anderen Fällen wirkt sich die kommunistische Anziehungskraft im Gegenteil präjudizierend auf die unabhängigen Föderationen aus, indem die Militanten eine Tendenz zeigen, sie zu verlassen, um zur C.G.T. überzugehen.

C.G.T.	1 500 000
C.G.T., Force ouvrière	800 000
«Travailleurs chrétiens», C.F.T.C.	500 000
«Indépendants»	100 000
«Fédération autonome de l'enseignement»	100 000
«Cadres»	100 000
«Autonomes»	50 000
«Anarcho-syndicalistes», C.N.T.	50 000

Es gibt also in Frankreich ungefähr 3½ Millionen Sindizierte auf einen Bestand von 11 Millionen Besoldete. Diese Minorität, die, wie wir schon erklärten, die Gesamtheit der Arbeiter zu vertreten vorgibt, ist selber von gefährlicher Entzweiung heimgesucht, was die unerhörte Anmaßung der C.G.T., wenn sie im Namen der Klasseneinheit dogmatisiert, ins rechte Licht rückt.

Es ist nicht überflüssig, den Ursachen dieser den französischen Syndikalismus charakterisierenden Zersplitterung nachzugehen.

Die unmögliche Einheit. Die kommunistische Unterdrückung

Stellen wir von vornherein fest, daß, wenn es den deutschen, englischen, amerikanischen Gewerkschaften gelungen ist, die Arbeiter untereinander zu einen, die Erklärung dafür zu einem großen Teil in der Autorität liegt, mit der ein jeder der Verbände die Ver-

teidigung der Berufsinteressen zu führen wußte. Keiner von ihnen ist je von dem syndikalistischen Grundsatz, dem Interesse gehöre der Vorrang vor der Ideologie, abgewichen; ein jeder hat sich dem korporativen Plan unbedingt angeschlossen. In Frankreich hingegen müssen die dort immer wachen ideologischen Leidenschaften die gewerkschaftliche Zersplitterung fördern. Die C.G.T. ist kommunistisch; die C.G.T.-F.O. sozialistisch; die C.F.T.C. demokratisch-christlich; die C.N.T. anarchisierend. Die Unabhängigen endlich, so sehr sie jede Verbindung mit dem Gaullismus ablehnen, sind nichtsdestoweniger in einer gewissen Anzahl von Punkten durch die Arbeitscharta beeinflußt, wie sie in Vichy ausgearbeitet worden war und wie sie General de Gaulle teilweise übernommen hat.

Aus der Unmöglichkeit, sich zu einigen, die in Frankreich die Gewerkschaftsorganisationen erfahren, folgt noch nicht, daß sie unter allen Umständen die *Aktionseinheit* verdammen. Das ist eines der Paradoxa des syndikalistischen Lebens, auf das hinzuweisen uns nützlich scheint. Die C.G.T.-F.O. hat sich wie die C.F.T.C. zu wiederholten Malen geweigert, das Prinzip der syndikalen Einheit anzuerkennen. Einzig die kommunistische C.G.T. kann eine derartige Einheit wünschen, weil sie dabei auf ihre Rechnung käme; das würde aber in kürzester Frist die völlige Unterjochung der Arbeiterschaft bedeuten. Die C.F.T.C. jedoch, bis in ihren Namen hinein christlich, fürchtet nicht, sich gegebenenfalls mit den Kommunisten zusammenzutun. Man hat das anläßlich der jüngst stattgehabten Streike erlebt, und wird es voraussichtlich noch öfter erleben können. Eine ganze angeblich christliche Literatur zielt dahin, die jungen katholischen Militanten davon zu überzeugen, daß ein Programm, welches seine Stütze nicht «links» sucht, das Christentum verrät. Selbstverständlich ist man nicht kommunistisch eingestellt, nachdem ein berühmtes römisches Dekret das verbietet; doch gibt man zu verstehen, daß gelegentliche Verständigungen nicht vorschriftswidrig seien, mit der C.G.T., mit der «Union Chrétienne Progressiste», im Schoße selbst der Bewegung der Friedenskämpfer, dieser Gefahr bergenden Kriegsmaschine der Sowjets.

Die Gewerkschaftseinheit mit der kommunistischen Zentrale ablehnen, ist demnach nicht Grund genug, um alle Verbindung mit ihr abzubrechen. Viele Arbeitnehmer denken übrigens, der Antikommunismus könne kein genügend starkes Ferment sein, um die Einigung der Schaffenden außerhalb der C.G.T. zu verwirklichen. Angenommen zwar, eine derartige Verbindung zwischen der C.G.T.-F.O., den Autonomen, den Unabhängigen und den Kaderformationen wäre wünschbar und möglich, so kann man doch ohne Risiko behaupten, daß sie vom autonomen Lehrerverband, der C.F.T.C., der anarchistischen C.N.T. verhindert würde, so sehr diese für ihr Teil

im Namen des Klassengewissens immer wieder jene berühmte Aktionseinheit praktiziert haben, die heilige Methode der Arbeiterschaft.

Die Kommunisten wissen das wohl und haben deshalb von jeher die Arbeitersyndikate als ein Instrument angesehen, dessen man sich um jeden Preis bemächtigen mußte, um die Arbeiterklasse in die Gewalt zu bekommen und die Kämpfe um ihre Forderungen dem Triumph der Diktatur des Proletariats dienstbar zu machen. In seiner bekannten Studie «Die Kinderkrankheit des Kommunismus» hat Lenin die kommunistische Auffassung vom Syndikalismus in Ausdrücken festgelegt, die das von der Partei verfolgte Ziel in keiner Weise im Dunkel lassen. Diese Auffassung beherrscht die Gewerkschaftsbewegung seit 30 Jahren, und zwar in so hohem Grade, daß sie der französischen C.G.T. ihr heutiges Gesicht gegeben hat: «Man muß willig alle Opfer auf sich nehmen, jede Strategie anwenden, List gebrauchen, wenn nötig gesetzwidrig verfahren, manchmal schweigen, manchmal die Wahrheit verdrehen, zu dem einzigen Zweck, in die Gewerkschaften einzudringen, drinnen Fuß zu fassen und in ihnen die kommunistische Aufgabe zu verrichten». Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Syndikatsaktion für die Partei das Mittel zur Machterlangung ist.

Indem sie so vorgehen, gehorchen die Kommunisten verschiedenen Beweggründen:

1. Sie trachten, die Schlüsselsektoren der nationalen Wirtschaft in die Hand zu bekommen, was erlaubt, in Streikzeiten durch Lahmlegung der Wirtschaft und nötigenfalls durch Sabotage den revolutionären Vorstoß zu stützen.

2. Sie wollen die für die Propaganda günstigsten Posten besetzen, mit Vorliebe solche, welche die Kontrolle des Personals und der sozialen Werke in den großen nationalisierten Unternehmungen gestatten.

Eine jüngste Vergangenheit zwingt uns zu erkennen, daß Frankreich seit zwanzig Jahren Schauplatz einer politischen und wirtschaftlichen Umwälzung ist, welche die Grundlage zu einem vorsozialistischen Staate aufgeschüttet hat, dessen Umrisse sich noch kaum erkennen lassen. Trotzdem seine heutige Auffassung eine demokratische, den Wünschen der Volksmehrheit entsprechende Regierung verlangt, erscheint ein totalitäres Regime von links oder rechts nicht aus seiner historischen Perspektive ausgeschlossen. Gewiß, gesunde Reaktionen schützen heute das französische Volk vor Abenteuern. Das hindert nicht, daß die kommunistische Aktivität im Inneren von kriegerischem Geist belebt ist und wie eine Schlacht geführt wird, und daß sich die Arbeiter, sobald es die Disziplin der Partei erfordert, ihr blind unterziehen. Durch ihre Organisation verfügt die Partei über Bollwerke, besetzt mit Vertrauensmännern, die mehr

oder weniger die Aufsicht darüber in Händen haben. Hat man nicht Herrn Pleven im Laufe der vergangenen Legislaturperiode eine wahre Anklagerede gegen die kommunistische Penetration in den Flugzeugfabriken halten hören? Eine Vorstellung dieser Infiltration kann man sich aus dem Auszug eines von Herrn Pleven erstatteten Parlamentsberichtes machen. Seine kühle Aufzählung erübrigt jede Auslegung. «Die Direktion der S.N.E.C.M.A. ist kommunistisch. Der Personalchef ist Kommunist, der Leiter des Fürsorgedienstes ist Kommunist, der Vorstand der Fabrikationsabteilung ist Kommunist, der Leiter des Montagedienstes ist Kommunist, der Leiter des Unterhaltsdienstes ist Kommunist». (Bericht Pleven über die S.N.E.C.M.A., Juni 1948.)

Die Teilnahme der Kommunisten an der Macht im Zeitpunkt der großen Wahlkoalition des Jahres 1945 hat gezeigt, warum es dem Staate sozusagen unmöglich ist, sich gegen eine Partei zu sichern, die ihn von innen heraus zerstören will. Als Maurice Thorez Vizepräsident des Ministerrates war — wie hätte man damals den Staat gegen die kommunistische Erpressung zu Hilfe rufen, wie bei ihm Schutz gegen sie finden können, nachdem Kommunisten und Staat in einer und derselben Person vertreten waren? Seither übt die Partei eine beinahe uneingeschränkte Kontrolle über vier Fünftel der Arbeiterzeitungen aus. Es ist ihr nach fünfundzwanzig Jahren Anstrengung gelungen, den Apparat aufzustellen, mit Hilfe dessen sie bequem die Arbeiterbewegung lenken kann, die Meinungen aufwühlen oder besänftigen, nach Gesichtspunkten, die sich der Einsicht des gewöhnlichen Sterblichen entziehen. Während sie auf dem Monopol der Arbeiterklasse, auf der Diktatur des Proletariats bestehen, rechnen die Kommunisten allerdings damit, diejenigen, die sich ihnen so unvorsichtig anvertrauten und ihre Teilnahme an der Macht duldeten, nach und nach auszuschalten.

Unter den Machenschaften des P.C. gibt es keine, die seine Propagandamethoden greller beleuchtete, als seine systematische Kampagne gegen Spanien. So haben im Frühjahr 1946 die führenden Cegetisten selber durch eine ausgesprochene Rebellionstat gegen die Regierung die Schließung der spanischen Grenze verfügt. In einem aufsehenerregenden, unter das Zeichen der kommunistischen Internationale gestellten Meeting beschloß man die Verhinderung der Ausführung der Handelsabmachungen, welche die französische Regierung mit Spanien zu treffen für nötig befunden hatte. Die Regierung fand sich infolgedessen vor die folgende Alternative gestellt: entweder sie sprach ein Machtwort und griff ein, was sie in offenen Gegensatz zu der großen Arbeiterzentrale gebracht hätte, oder sie nahm die Initiative zur Kenntnis und führte sie auf eigene Rechnung aus. In Anbetracht der aus dem Tripartismus resultierenden Unmöglichkeit, ihren Willen durchzusetzen, entschied sie sich für

diese letztere Lösung. Die kommunistische Partei hat, indem sie den Antifaschismus proklamierte, indem sie das Monopol des Pazifismus für sich forderte, ihren Einfluß auf Bezirke der öffentlichen Meinung ausgedehnt, die ihr bis dahin nicht zugänglich gewesen waren. In den Jahren 1947 und 1948 führt sie die Gewerkschaften in den Streik, um den Kampf Rußlands gegen die Marshallhilfe, gegen die europäische Einigung, gegen den Atlantikpakt zu unterstützen. Sie veröffentlicht den Aufruf von Stockholm, und man weiß, welche Aufnahme dieser Aufruf in der ganzen Welt gefunden hat. Es gelingt ihr, die antinazistischen Leidenschaften der Proletarier zum Nachteil Amerikas auszubeuten. Kaum trifft Eisenhower mit seinem Generalstab in Frankreich ein, so beschimpft die kommunistische Presse diese «häßlichen flachen Mützen» traurigen Angedenkens, die, wenn man ihr Glauben schenken will, das «liebliche Landschaftsbild unserer Provinzen stören». Ein solcher Zynismus zersetzt alles, selbst die Erinnerung an die während des Krieges gemeinsam gebrachten Opfer. Nur eine Partei, die sich Unfehlbarkeit anmaßt, greift zu derartigen Mitteln. Die Kommunisten sind in der Tat und buchstäblich Gläubige. Der Beweis ihrer blinden Hingabe an eine Kirche, die ihre Grenzen nicht kennt, die über Seele und Leib ihrer Kinder verfügt, um sie zu brauchen oder zu mißbrauchen, dieser Beweis ist heute erbracht.

Der Verkehrsstreik

Man hat gesagt, die Verkehrsstreiks des vergangenen März hätten ihren Ursprung in der wirtschaftlichen und sozialen Lage; sie stellten einen Ausbruch der Not dar, die Revolte der Arbeiterschaft gegen die Preissteigerung. Die Wahrheit zwingt zu sagen, daß, so berechtigt für gewisse Lohnkategorien die Forderungen gewesen sein mögen, der Transportstreik dennoch nicht ein wirtschaftlicher, sondern ein politischer Streik gewesen ist, dessen Ziele sozusagen nichts mit der ökonomischen Situation zu tun hatten. Übrigens wurden durch die Streikenden Anstrengungen unternommen — aber ohne Erfolg —, um die Bewegung auf andere Arbeitergruppen auszudehnen. Die Frage der Kaufkraft des Geldes, das fluchbeladene Verhältnis der Löhne zu den Preisen ist in den Verhandlungen, die dem Streik vorangingen, kaum berührt worden. Die Gewerkschaft des Pariser Transportwesens verlangte gleiche Löhne wie die Angestellten der Seinepräfektur. Diese Gleichstellung aber ist nicht erreicht worden. Als dieser Streik sich auf die Taxameterbetriebe ausdehnen wollte, war es einzig das kommunistische Syndikat, das dazu den Befehl erlassen hatte; die Bewegung wurde indessen nicht aufgenommen. Dagegen gehorchten anfänglich die Eisenbahner auf den

Linien der Außenquartiere, zögernder auf den anderen Linien. Der Befehl war gegeben worden, ohne daß vorgängig irgend ein Begehren an die Direktion der S.N.C.F. gestellt worden wäre. Die Techniker der Stationen wurden aufgefordert, den Strom zu unterbrechen, was sie unverzüglich taten. Daß diese Sache abgekartet war, wird niemand außer den Kommunisten selber bestreiten. Die Arbeiter, in diesem Falle Angestellte des französischen Staates, sind also durch einige Rädelsführer, die selber nur Ausführende fremder Befehle waren, vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Die Technik des Aufstandes war bis ins letzte geregelt, und die Erfahrung sollte zeigen, daß einige Fachleute an den Kommandoposten genügten, um sie wirksam werden zu lassen.

Der Streik scheiterte. Die Kommunisten rühmen zwar die Erfolge, welche die «Régie des Transports» erzielte, aber gelohnt hat sich der Streik nicht. Nur glauben sie es sich jetzt schuldig zu sein, ihn mit allen Mitteln zu rechtfertigen, damit die Arbeiter ihren Glauben an die Aktionseinheit ungeschmälert beibehalten. Vor Ausbruch des Streikes hatte die Regierung eine erste Lohnerhöhung bewilligt, je nach Umständen 1450 oder 1750 Franken, mit Gültigkeit ab 1. Januar. Dieses Ergebnis hatten die Gewerkschaften auf dem Verhandlungswege erreicht. Der ersten Zulage folgte eine zweite in Höhe von 1800 bis 2800 Franken; auch diese ist keine Frucht des Verkehrsstreiks. Sie ergab sich aus einem Regierungsbeschluß, die garantierten Minimallöhne zu erhöhen.

Die «Convention mixte des Conventions collectives» war schon vierzehn Tage vor Ausbruch des Streiks beschlossene Sache, was daraus hervorgeht, daß Herrn Queuilles ministerielle Erklärung sie erwähnt. Achtzehn Tage Boykott der öffentlichen Transportmittel haben das Resultat gezeitigt, die faktische Salärerhöhung vom 1. März 1951 in den August hinein zu verzögern. Bis dahin wurden aber die erhaltenen Aufbesserungen von den Abzügen aufgezehrt, die durch den Ausfall der Streiktage entstanden. Kurz, ohne den Streik wären die Transportarbeiter vom 1. März an aufgebessert worden; wegen des Streiks werden sie es erst vom 1. September an.

Rückgang des Kommunismus

Soll man glauben, daß vor solchen den gesunden Menschenverstand verwirrenden Tatsachen den Geist des «Militanten» keine Zweifel beschleichen? Seit Jahren ist er Zeuge der langsamen Umformung des Syndikalismus in ein politisches Instrument einer fremden Macht. Er hat die unhaltbaren Widersprüche der Parteiparolen feststellen können, so damals, als 1945, 1946 die Führer durch

Thorez' Stimme proklamierten: «Produzieren, das ist heute die höchste Form der sozialen Aufgabe», und hat erlebt, daß die gleichen, als sie die Macht verloren, heftig widerriefen und sich erbittert bemühten, die Produktion zu zerrütten, den Marshallplan als «das schlimmste Versklavungsinstrument, das die Welt je gekannt hat», zu schmähen. Sicherlich ist die kommunistische Gefahr in Frankreich nicht gebannt. Immerhin ermißt man, wenn man den Blick nach rückwärts richtet, die nennenswerten Fortschritte, die von seinen Gegnern erzielt worden sind. Die Wahlresultate des 17. Juni, die eine erhebliche Schrumpfung der kommunistischen Partei aufweisen, sind dafür ein neues Zeugnis. Für eine große Anzahl Proletarier, die ihre aufrechte Gesinnung behalten haben, bleibt die Nation der Bereich, wo wohl oder übel der Mensch seinen Lebenskampf und den Kampf um sein Glück ausficht. Diesen Sinn für das individuelle Glück zu zerstören, der im einstigen Frankreich so verbreitet war, ist weder dem Klassenhaß noch den demagogischen Lügen gelungen.

Es ist eine Tatsache, daß die C.G.T. von 1946 bis 1950 von 5 Millionen Anhänger auf 1½ Millionen zurückgegangen ist. Und das sind die Zahlen, welche die Organisation selbst mitteilt. Die Erkaltung der Sympathien läßt sich fortgesetzt in den Wahlen der «Comités d'entreprises» feststellen, in denen der C.G.T. die absolute Mehrheit, die sie bis 1948 hielt, verloren ging. Der deutlichste Beweis für diesen Rückgang ist im letzten Mai im Norden, durch die Minenarbeiter von Lourches, geliefert worden, die sich gegen die Übergriffe ihrer kommunistischen Kameraden aufgelehnt haben. Wiederum hat sich bestätigt, daß keine organische Einheit möglich war mit denen, die, um die syndikale Unabhängigkeit zu brechen, vor Willkür und roher Gewalt nicht zurückschreckten. Im Namen der C.G.T.-F.O. hat Herr Jouhaux gegen diese neue Form der kommunistischen Tyrannei lebhafte Verwahrung eingelegt: «Wenn sich erneut die Einheit mit den Kommunisten ergäbe, so bedeutete das die Knechtung der Arbeiter. Einzig der freie Syndikalismus, der jede Dienstbarkeit bekämpft, kommt als Lösung der moralischen, sozialen und materiellen Krise der Arbeiterklasse in Frage».

Ein Zwiespalt besteht demnach zwischen den beiden wichtigsten Fraktionen des französischen Syndikalismus. Dieser Meinungsstreit zieht mannigfache Folgen nach sich, deren bemerkenswerteste die Lohnverträge zwischen Arbeitgebern und nichtkommunistischen Syndikaten betrifft. Die Kommunisten sind, nachdem sie die Abmachungen als unannehmbar bezeichnet hatten, nun doch genötigt, ihnen zuzustimmen, da eine große Anzahl Arbeiter sie annimmt. Immerhin darf man den Einfluß der den Schwankungen der allgemeinen Politik ausgesetzten C.G.T.-F.O. nicht überschätzen. Anläßlich des letzten Nationalkongresses wurde der «General», Léon Jou-

haux, ziemlich heftig angegriffen, und der alte Syndikalistenleader hatte sich nach links zu wehren wie nach rechts — eine schwierige Situation für einen Mann, der auf eine lange kämpferische Laufbahn zurückblickt und wünschen muß, seinen Ehrgeiz und sein Bild vor der Mitwelt miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Herrn Ramadier gebührt das Verdienst, 1947 die ersten Maßnahmen gegen die Einklammerung des Staates durch die Kommunisten ergriffen zu haben. Sowjetspione wurden festgenommen; die spanischen Bürgerkriegsorganisationen, die seit 1944 in Frankreich arbeiteten, wurden aufgelöst; drei große internationale Genossenschaften, nur notdürftig getarnte Unternehmungen für Sowjetpropaganda: die «Fédération syndicale mondiale», die «Fédération démocratique des Femmes», die «Fédération de la jeunesse démocratique» wurden aufgehoben. Über einen Wissenschafter, dessen fachmännische Bedeutung dadurch nicht tangiert wird, der sich immer wieder als entschlossener Anhänger der sowjetrussischen Politik erklärt hatte, verhängte man eine Säuberungsmaßnahme; man entsetzte ihn seiner Funktion als Hochkommissar der Atomenergie, ohne daß es der Parteipresse gelang, die öffentliche Meinung auch nur im geringsten zu seinen Gunsten mobil zu machen. Mit ihrer Polemik gegen den Krieg in Indochina hat diese Presse auch nicht größeren Erfolg gehabt. Vor wenigen Monaten fand in Cherbourg und in La Pallice unter militärischer Bewachung die Ausladung der amerikanischen Waffen für die französischen Truppen des Viet-Nam statt. Auf der ganzen Linie mußten sich die Kommunisten, die auf die Docker gezählt hatten, zurückziehen. Die Waffen sind ihren Bestimmungsorten zugeführt worden, trotz allen Drohungen mit Sabotage und Streik.

Das Streikrecht und der aufbauende Syndikalismus

Das sind die Tatsachen. Sie enthalten eine Anschauungslektion. Als im Jahre 1864 durch einen Beschluß der Legislative die Gesetzlichkeit des Streikes anerkannt wurde, erhoben sich einige Stimmen zum Protest, darunter diejenige des mutigen Proudhon. Dieser große revolutionäre Geist entrüstete sich gegen die getroffene Entscheidung; denn in seinen Augen stellte der Streik die Rückkehr zur Willkür, zur Gewalttätigkeit dar, er war «geradewegs die Verneinung der sozialen Ordnung». In seiner unvollendet gebliebenen, aber vortrefflichen Abhandlung «De la Capacité politique de la classe ouvrière» zeigte er, in welche Widersprüche sich der Gesetzgeber verstrickt, wenn er vorgibt, dem Streik seinen revolutionären Charakter zu nehmen, indem er ihn zur erlaubten, zur gesetzlichen Tat macht. Sich auf diesen Weg begeben, bedeutet letzten Endes einen Rück-

schritt; es bedeutet, die Gesellschaft unter das Recht des Stärkeren stellen, unter das Gesetz der Dschungel. Dieser sehr einleuchtende Gedanke wirft nach unserer Auffassung ein grelles Licht auf das Ergebnis der Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung in diesem letzten halben Jahrhundert. Das in der Verfassung verankerte Streikrecht setzt eine Reglementierung, eine Definition des Streiks voraus. Allein — verliert letzterer nicht alsobald seinen Sinn, wenn es sich um nationalisierte Unternehmungen, um Betriebe unter staatlicher Regie handelt?

Es ist nur zu wahr: der verhängnisvolle Mythos vom Streik beherrscht die Gewerkschaftsbewegung so weit, daß die aufgeklärtesten Militanten die Bedeutung ihrer eigentlichen Interessen nicht mehr erkennen können. Sie begreifen nicht, daß der Streik, der ihnen Lohnerhöhungen einträgt, sie anderseits in ihrer Stellung als Proletarier und Soldarbeiter festhält. Sie beschränken sich auf den täglichen Kampf, erwarten ihr Wohl von illusorischen Reformen, wie zum Beispiel von den Nationalisierungen, deren teilweiser Bankrott sicher ist.

Wie dem auch sei, kein sozialer Fortschritt wird erzielt, solange das Proletariat nicht seine volle Reife erreicht hat. Es kann keine Gesellschaft bestehen, die sich auf die Gewalt gründen will, keine, die schiedsrichterliche Entscheide und Rechtssprüche zurückweist. Die materielle Lage des Arbeiters hat sich seit hundert Jahren wesentlich gebessert, aber die moralische Entwicklung hat damit nicht Schritt gehalten. Der französische Syndikalismus ist heute in den meisten Wirtschafts- und Finanzunternehmungen vertreten; er nimmt an den Arbeiten der O.N.U. teil, sitzt im Ordensrat der Ehrenlegion und im Rat der Bank von Frankreich — und das Proletariat, als Klasse genommen, befindet sich immer noch auf demselben Punkt. Es hat sich durch übermäßige Anwendung des Streiks von seinen wirklichen Verantwortungen ablenken lassen und es nicht verstanden, sich die Institutionen, deren es bedürfte, zu geben. Hier bewahrheitet sich Péguys Wort: «Die Franzosen machen Revolutionen, aber sie haben ein Grauen vor Veränderungen». Tatsächlich hören die Gewerkschaften nicht auf, den Staat um seine Unterstützung anzugehen, und darin fehlen sie, verraten ihre Mission. Gewiß, der Staat ist unersetzlich; niemand außer den marxistischen Dialektikern denkt daran, ihn abschaffen zu wollen. Aber der Staat ist *eins,* die Gesellschaft ist *vielfach.* Anstatt unter sozialistischer Dirigierung danach zu trachten, die Gesellschaft zu vereinheitlichen, haben die Gewerkschaften den Auftrag, menschlichen Verhältnissen entsprechende Gruppen zu schaffen, Vereinigungen, die ihren Gliedern erlauben, sich gegen die Willkür der Mächte und der Dinge zu verteidigen. Die vielgenannten Truste, bezichtigt, der Ausdruck eines unter-

drückenden Kapitalismus zu sein, sind durch Staatstruste ersetzt worden, durch nationalisierte Unternehmungen, ohne jeden schließlichen Vorteil für den Lohnempfänger. Wenn so viele Arbeitnehmer sich vom Kommunismus angezogen fühlen — liegt der Grund dazu nicht in der Tatsache, daß die Sozialreformen dieses halben Jahrhunderts nie darauf ausgingen, die Arbeitenden Wurzeln fassen zu lassen, sie aus ihren Proletarierbedingungen zu lösen, endlich Lasten und Pflichten für sie zu schaffen, welche die Lasten und die Pflichten freier Männer wären?

Die bisherigen Versuche, die Arbeiterklasse mittels der «Comités d'entreprise» an der Geschäftsführung der Unternehmungen teilnehmen zu lassen, sind nicht schlüssig. Solche Experimente haben vorläufig mehr Mißverständnisse geschaffen, als sie mithalfen, den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit auszugleichen. Der französische Syndikalismus vermochte dem Proletarier größere Rechte zu verschaffen, seine Lage fühlbar zu verbessern; doch hat er ihm keine besonderen Pflichten dafür auferlegt. Er verkennt noch allzu leicht, daß der Besitzlose seine echte, seine legitime Emanzipation nur in den zwischen den sozialen Gruppen, diesen menschlichen Gemeinschaften, getroffenen Vereinbarungen finden kann, in den «legalen Formen», die der kluge Proudhon pries und für die er dem Arbeiter so gerne den Sinn und das Verständnis geweckt hätte.

Das französische Proletariat hat sich indessen dank seinem hartnäckigen, oft erbitterten Kampf die Sicherheit des Arbeitsplatzes, das tägliche Brot erkämpft, und man kann das nicht genug begrüßen. Auf dem Wege des Kollektivvertrages ist ein großer Schritt getan worden, der den Arbeiter, den Arbeitnehmer, aus der Dienstbarkeit seines Standes führt. Durch die Erweiterung des Kollektivrechts gewinnt seine Persönlichkeit an Bedeutung und erhält neue, noch im vergangenen Jahrhundert unvorstellbare Garantien. So hat jede materielle Verbesserung des Loses des Arbeiters unmittelbar eine moralische Auswirkung.

Das soziale Problem besteht eben nicht, wie die Demagogen behaupten, darin, die Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft niederzureißen. Immer wird es Handlanger geben müssen und immer Befehlshaber, und das Beispiel Sowjetrußlands wird unsere Behauptung nicht Lügen strafen. Aber nichts Konstruktives kann entstehen, solange der Syndikalismus in der Verhaltungsweise, die heute die seinige ist, in der Scheu vor Verantwortlichkeiten, verharrt. Wenn er die Regierung gewaltsam unter Druck setzt, die politischen Parteien überspielt, internationale Probleme entscheidet, dann wird das, wie die Erfahrung lehrt, zu einer Ursache schwerer Störungen für das nationale Leben.

Übersetzt von Fräulein Barbara v. Sprecher, Chur